Klaus Schroeder | Monika Deutz-Schroeder

Der Kampf ist nicht zu Ende

Geschichte und Aktualität linker Gewalt

HERDER

FREIBURG · BASEL · WIEN

Für Ben Julius,
der unser Leben bereichert

MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C083411

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2019
Alle Rechte vorbehalten
www.herder.de

Satz: Carsten Klein
Herstellung: CPI books GmbH, Leck

Printed in Germany

ISBN Print: 978-3-451-38298-7
ISBN E-Book: 978-3-451-80949-1

Inhalt

Vorwort 7

Einleitung 11

Linke Gewalt seit der Französischen Revolution 11 • Linke Gewalt in Deutschland 13 • Der asymmetrische Blick auf »Extremismus« 17 • Aufbau des Buches 22

Was ist linke Gewalt? 24

Gesellschaft und Gewalt 24 • Extremismus 25 • Linksradikalismus und Linksextremismus 27 • Politische Gewalt 30 • Bereitschaft zu politisch motiviertem Gewalthandeln 31 • Gewalt als gesellschaftliches Grundprinzip 34 • Das staatliche Gewaltmonopol 37 • Gewalt und »Militanz« 39

Kurzer historischer Abriss linker Gewalt 42

Die Französische Revolution 42 • Karl Marx und die kommunistische Bewegung 48 • Pariser Kommune 51 • Anarchistische Gewalt 53 • Das bolschewistische Gewaltregime 55 • Gewalt und Terror 58 • Der bewaffnete Kampf der Kommunisten gegen die Weimarer Republik 62

Politische Gewalt in der DDR 75

Kommunistische Nachkriegsplanungen 76 • Sowjetische Besatzungsherrschaft 77 • Die Gründung des SED-Staates 78 • Der Sicherheits- und Unterdrückungsapparat 80 • Volkserhebung gegen die sozialistische Diktatur am 17. Juni 1953 85 • Das Grenzregime 89 • Isolierungs- und Internierungslager 90 • Der Todeskampf der DDR 92 • Das Ende der DDR 94 • Gewalt in sozialistischen Staaten 97

Die Gewaltdiskussion in der Neuen Linken 100

Die Entstehung und Radikalisierung der Neuen Linken 100 • Revolutionäre Gewalt als Strategie 103 • Repressive versus befreiende Toleranz 105 • Von der »begrenzten Regelverletzung« zum Revolutionskonzept 107 • Eskalation der Provokationsstrategie 111 • Revolutionäre Gewalt 112 • Strukturelle Gewalt 116 • Grenzüberschreitungen 117

Der linke Terrorismus 119

Der Weg in den Untergrund 119 • Linker Antisemitismus? 124 • Die Bewegung 2. Juni 126 • Die RAF und das Konzept Stadtguerilla 129 • Anschläge der RAF 132 • Versuchte Gefangenenfreipressungen 140 • Der Deutsche Herbst 142 • Internationalisierung des Terrorismus 144 • Der Umgang mit den eigenen Genossen 150 • Die Revolutionären Zellen 153 • Die Militante Gruppe 156 • Die Revolutionären Aktionszellen 157

Straßenmilitanz 159

Gewalttätige Proteste gegen den Krieg in Indochina und die Folgen 160 • Der Frankfurter Häuserkampf 164 • Der Revolutionäre Kampf 166 • Vermummung als Teil militanter politischer Identität 170 • Hausbesetzungen in Berlin 170 • Kampf gegen die Atomkraft 174 • Kampf um die Hafenstraße und die Rote Flora 181 • Der Kampf gegen die Bundeswehr 186 • Die Proteste gegen die Startbahn West 188 • Chaostage in Hannover 190 • Die Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm 191 • Der revolutionäre 1. Mai 194 • Proteste gegen Repräsentanten der USA 200

Aktuelle linke Gewalt und ihre Begründungen 205

Gewalt gegen die Polizei 206 • Gewalt gegen »rechts« 208 • Gewalt gegen Politiker und Parteien jenseits der AfD 211 • Gewalt gegen Burschenschaftler 214 • Militante Aktionen gegen die Bundeswehr und Sicherheitsfirmen 215 • Anschläge gegen Infrastruktur und Logistik 217 • Anschläge gegen Immobilienfirmen und Gebäude 218 • Aktionen gegen Jobcenter und Arbeitsämter 221 • Aktionen gegen Globalisierung 222 • Brandstiftungen aus verschiedenen Anlässen 226 • Das Verhältnis linker Gruppen zur Gewalt 227 • Die militanten Straßenkämpfer 235 • Fehlende linke Distanz zur Gewalt 240

Ausmaß und Intensität linker Gewalt 243

Entwicklung des Linksextremismus 244 • Empirie politisch links motivierter Gewalt 247 • Extremistische Konfrontationsgewalt 249

Fazit und Ausblick 255

Anhang 269

Anmerkungen 269 • Literatur 293 • Abkürzungsverzeichnis 298

Vorwort

Ein Buch über linke Gewalt zu schreiben, ist angesichts der zu erwartenden Kritik nicht einfach. Die gängigen Argumentationen bei der Thematisierung von linkem Extremismus und linker Gewalt von vornehmlich linken Sozialwissenschaftlern und Journalisten seien hier vorweggenommen:

- Linke Gewalt ist angesichts der rechten Gewalt nicht der Rede wert;
- wer linke Gewalt betont, relativiert rechte Gewalt;
- linke Gewalt ist Reaktion auf reale Missstände und richtet sich zumeist nur gegen Sachen;
- linke Gewalt ist Gegengewalt gegen autoritäre gesellschaftliche und staatliche Strukturen;
- linke Gewalt zielt auf eine bessere Welt;
- linke Gewalt ist gute Gewalt, denn sie dient hehren Zielen. Rechte Gewalt dagegen ist böse Gewalt. Sie ist von Hass getrieben und richtet sich gegen Personen und Schwächere.
- Linke Gewalt ist, wenn nicht politisch, so doch zumindest moralisch gerechtfertigt.

Wir sind der Meinung, dass diese Behauptungen am Kern der Sache vorbeigehen. Wer politisch motivierte Gewalt aus der Perspektive einer freiheitlich-demokratischen, mithin zivilen Gesellschaft kritisiert, muss gleichermaßen links, rechts oder religiös motivierte politische Gewalt ablehnen, ohne die Motive und Ziele der Akteure gleichzusetzen.

Rechtsverstöße in Form von passiver Gewalt z. B. durch Straßenblockaden oder Behinderung von genehmigten Demonstrationszügen Andersdenkender werden nicht nur von Linksextremisten, sondern auch von gemäßigten und radikalen Linken zumeist als »ziviler Ungehorsam« legitimiert. Dabei definieren sie selbst, was »ziviler Ungehorsam« ist. Für sie ist er gleichsam eine »Zauberformel« zur Rechtfertigung von passiver Gewalt. Ob in einer Demokratie mit funktionierendem Rechtsstaat »ziviler Ungehorsam«

gerechtfertigt ist, kann allerdings bezweifelt werden. Ihre aktive Gewalt begründen Linksextremisten offensiv mit einem selbst deklarierten Recht auf Widerstand gegen die vom System ausgehende Gewalt. Aktive Gewalt ist gegenüber passiver Gewalt das prägende Kennzeichen linker Gewalt.

Linke Gewalt richtet sich ebenso wie rechte Gewalt gegen den bürgerlichen Staat und die bürgerliche Gesellschaft und kann insofern nicht mit dem Hinweis auf rechte Gewalt gerechtfertigt werden. Linke und rechte Gewalttäter sind gleichermaßen von Hass getrieben, lassen ihre Aggressionen an Personen oder Gruppen aus, die sie zu Feinden erklären. Eine gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist für beide politischen Strömungen charakteristisch. Gewaltdelikte sind jedoch auf der linken Seite stärker als auf der rechten Resultat von Interaktionen. Gewalt von Linken ist in starkem Maße Konfrontationsgewalt, sei es gegenüber Polizisten oder gegenüber »Rechten«, wobei die Gewalt zumeist von der linken Seite ausgeht. Dieser Hinweis soll Gewalt nicht rechtfertigen, kann aber zur Erklärung beitragen. In einem Staat, in dem per Verfassungsauftrag alle Menschen rechtlich und in ihrer Würde gleichgestellt sind, ist die gewalttätige Jagd auf Burschenschaftler oder Personen aus dem Umfeld der Alternative für Deutschland (AfD) ebenso schändlich wie die auf Flüchtlinge oder Mitglieder und Sympathisanten der Linkspartei.

In diesem Buch geht es um Geschichte und Aktualität linker Gewalt und nicht um einen Vergleich von linker und rechter Gewalt. Letztere wird in einigen Statistiken nur am Rande erwähnt. Ein sinnvoller Vergleich und eine Bewertung sind ohnehin nur qualitativ möglich, da die quantitativen Daten nur erste Hinweise auf das Ausmaß politisch unterschiedlich motivierter Gewalt geben. Eine qualitative Analyse von linker und rechter Gewalt mit einem entsprechenden Vergleich steht wissenschaftlich noch aus.

Schriften und Studien zum Rechtsextremismus und zu rechter Gewalt gibt es in kaum überschaubarem Ausmaß, entsprechende Forschungen über linke Gewalt hingegen nur sehr begrenzt. Mit diesem Buch wollen wir einen Anstoß geben, sich grundsätzlich mit allen Formen politisch motivierter Gewalt und nicht nur mit rechter Gewalt zu beschäftigen.

Anders als viele Forschungen zum Rechtsextremismus bemühen wir uns um einen differenzierten Blick auf die linke Szene. Wir vermeiden pauschalisierende Aussagen und sehen sehr wohl Unterschiede zwischen der gemä-

ßigten, der radikalen und der extremen Linken, auch wenn die Trennlinien häufig verschwimmen. Das liegt nicht zuletzt an der fehlenden Distanzierung gemäßigter und radikaler, aber verfassungskonformer Linker gegenüber der extremistischen und gewaltbereiten Linken. Die Ereignisse in Hamburg anlässlich des G20-Gipfels und ihre Bewertung sind hierfür typisch.

Die Begründungen für linke Gewalt – historisch wie aktuell – stellen wir gleichsam authentisch dar, indem wir die Akteure zu Wort kommen lassen. Die analytische Einordnung trennen wir hiervon. So vermeiden wir eine vorurteilsbehaftete Darstellung und Analyse. Um es noch einmal zu betonen: Unsere Urteile erfolgen aus der Sicht einer zivilen freiheitlich-demokratischen Gesellschaft, die wir für verteidigenswert halten.

Die historische und aktuelle Beschreibung und Analyse linker Gewalt konzentriert sich angesichts der Fülle des Gegenstandes auf typische Dimensionen linken Gewalthandelns, erhebt mithin keinen Anspruch auf eine umfassende detaillierte Darstellung. Gleichwohl lassen sich diese verallgemeinern, da die Begründungen für linke Gewalt gleich oder zumindest ähnlich ausfallen.

In die Darstellung und Argumentation fließen in einigen Kapiteln auch Ergebnisse unserer vom Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) »Demokratie leben!« finanzierten langjährigen Forschungen zum Linksextremismus mit ein. Nicht zuletzt trägt unsere eigene Jahrzehnte zurückliegende politische Vergangenheit in unterschiedlichen linken Milieus dazu bei, Motive und Ziele linker bis linksextremer Akteure zu verstehen.

Die Idee zu diesem Buch hatte der Programmleiter Politik und Geschichte des Herder-Verlages, Patrick Oelze. Er gab uns ebenso wie der Lektor David Bruder durch kritische Nachfragen wichtige Hinweise zur Verbesserung des Textes. Hierfür sei beiden gedankt. Unser Dank gilt auch Miriam Eisleb für die Durchsicht der Endfassung.

Ohne die wie gewohnt sorgfältige und schnelle technische Umsetzung durch Cornelia Bronder hätte das Buch nicht in der geplanten Zeit fertiggestellt werden können. Kurz vor einem runden Geburtstag sei ihr dafür ganz herzlich gedankt!

Berlin, im Dezember 2018
Monika Deutz-Schroeder, Klaus Schroeder

Einleitung

Die gewalttätigen Ausschreitungen anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg im Sommer 2017 haben einer breiten Öffentlichkeit vor Augen geführt, dass für Linksextremisten Gewalt ein zentrales Mittel der politischen Auseinandersetzung ist. Dabei sind die Straßenschlachten in Hamburg mit ihrer kurzzeitig massiven Gewaltintensität nur ein, wenn auch spektakuläres Beispiel für linke Gewalt. Linksextremisten praktizieren nahezu täglich Gewalt gegen Sachen und ihnen unliebsame Personen.

Linke Gewalt seit der Französischen Revolution

Tatsächlich spielt politisch links motivierte Gewalt in der Neuzeit seit der Französischen und der Russischen Revolution eine herausragende Rolle. Gewalt als Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die – frei nach Karl Marx – mit einer neuen schwanger geht, ist für linke Akteure gleichsam »Gesetz«. Gewalt ist aus ihrer Sicht nötig, um das jeweilige System zu stürzen, und danach, um das neue Regime am Leben zu erhalten. Da die Herrschenden nicht freiwillig die Macht abgeben, sondern sie mit (Staats-)Gewalt am Leben halten wollen, sei Gewalt nötig, um Gewalt abzuschaffen – so die gängige Argumentation von revolutionären Linken. Die von ihnen ausgeübte Gewalt begreifen sie als »progressive Gewalt«, die als Protest oder Provokation beginnt, sich zu einem Aufstand bzw. einer Revolution entwickelt und in jedem Fall den »historischen Fortschritt« herbeiführen soll.

Linke Gewalt darf keineswegs gegen rechte Gewalt aufgerechnet werden. Sie ist stärker als rechte Gewalt gegen das System und seine Träger gerichtet und wird zumeist explizit mit politischen Motiven begründet. Rechte Gewalt ist dagegen oftmals spontan und trifft insbesondere Personen, die als Fremde empfunden werden. Konfrontationsgewalt, d. h. gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Akteuren, geht zumeist von links aus.[1]

Auf beiden Seiten wird die Gewalt, wenn auch zu unterschiedlichen Zeiten, zu terroristischer Gewalt. Rechte Gewalt gegen Personen fällt zumeist brutaler aus als linke Gewalt, die zudem oftmals situativ bedingt ist. Bei der linken Gewalt steht der Stein-/Flaschenwurf im Vordergrund, bei der rechten ein Face-to-Face-Gewalthandeln. Im »Kampf gegen rechts« praktizieren linke Akteure inzwischen aber ebenfalls diese Gewaltdimension. Bei bestimmten direkten Gewaltformen nehmen rechte und linke Gewalttäter letztlich lebensbedrohende Verletzungen ihrer unterschiedlichen feindlichen Zielgruppen in Kauf.[2] In der Bundesrepublik lassen sich unterschiedliche Phasen linker und rechter Gewalt beobachten.

Um die Traditionen freizulegen, an denen sich Linksextremisten mehr oder weniger bewusst orientieren, setzt das Buch nach einer Definition »linker Gewalt« im Eingangskapitel bei der Französischen Revolution von 1789 an. Der Aufstand gegen das feudale System ist von Erfolg gekrönt, die Revolutionäre gelangen an die Macht. Die Verkündung der Menschen- und Bürgerrechte setzt einen bis heute für freiheitlich-demokratische Systeme zentralen Pfeiler in die politische Landschaft Frankreichs; kurze Zeit später wird jedoch ein Schreckensregime errichtet. Die »progressive Gewalt« der Bewegungsphase wandelt sich in terroristische Gewalt in der Regimephase. Schließlich frisst die Revolution ihre eigenen Kinder. Robespierre, der sich zum Diktator aufschwingt und seine Widersacher umbringen lässt, wird selbst Opfer »revolutionärer Gewalt«. Mit der Machtübernahme durch Napoleon Bonaparte sind die turbulenten Jahre der Französischen Revolution endgültig vorbei.

Die Bolschewiki, die russischen Revolutionäre um Lenin, beziehen sich auf die Französische Revolution und vor allem auf Robespierre. Nach einer erfolgreichen bürgerlichen Revolution im Februar 1918 kommen sie einige Monate später durch einen Militärputsch bzw. Staatsstreich an die Macht und verteidigen ihre Macht von Beginn an mit terroristischer Gewalt. Spätestens mit der Niederschlagung des Kronstädter Aufstandes, bei dem es um die ursprünglichen Ziele der Aufständischen geht, verraten die roten Revolutionäre ihre einstigen Ideale. Sie wollen ihre Macht um jeden Preis erhalten und sichern. Die militärische Niederschlagung bezeichnen sie als notwendig, um die sozialistischen Ziele zu verwirklichen,

und begründen damit eine negative Traditionslinie revolutionären Selbstverständnisses.

Unter Stalin richtet sich der rote Terror nicht mehr nur gegen Andersdenkende und gegen für »überflüssig« erklärte soziale Schichten, sondern auch gegen die eigenen Leute. Während der Zeit des Großen Terrors lässt Stalin Hunderttausende umbringen – ehemalige Kampfgefährten, vermutete Konkurrenten, Abweichler von der richtigen politischen Linie, aber auch Menschen aus der »normalen« Bevölkerung. Deutsche Kommunisten im Moskauer Exil trifft der Terror ebenso wie Kommunisten aus anderen Ländern. Während des Hitler-Stalin-Paktes liefert die Sowjetunion sogar Kommunisten an das nationalsozialistische Deutschland aus.

Linke Gewalt in Deutschland

Linke Gewalt in Deutschland können wir jenseits vereinzelter anarchistischer (Mord-)Anschläge spätestens seit 1918 beobachten. Nach einer erfolgreichen, weitgehend friedlich gebliebenen Revolution zetteln Kommunisten unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg einen bewaffneten Aufstand gegen die von einer breiten Mehrheit des zentralen Arbeiter- und Soldatenrates beschlossene parlamentarische Demokratie an. Er wird zwar schnell niedergeschlagen, aber bei der Linken bleibt eine Bereitschaft zur Gewalt latent vorhanden und manifestiert sich in weiteren bewaffneten Aufständen. Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) verkörpert diese Gewaltbereitschaft und eine antidemokratische Einstellung; beide Dimensionen bleiben seitdem zentrale Wesensmerkmale von Kommunisten, die neben Anarchisten und Sozialrevolutionären zu den Linksextremisten zählen. Zur Sozialdemokratie haben Kommunisten von Beginn an ein gespanntes Verhältnis. Sie beschimpfen sie als Arbeiterverräter und einige Jahre sogar als Sozialfaschisten. Die KPD schafft sich einen paramilitärischen Arm: die proletarischen Hundertschaften, den Rotfrontkämpferbund und deren Nachfolgeorganisationen.

In der Endphase der Weimarer Republik kämpfen die »roten Soldaten« nicht nur gegen den demokratischen Staat und seine Polizei, sondern auch

gegen die Schlägerbanden der Nationalsozialisten, die Sturmabteilung (SA). Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten werden die KPD und ihre Unterorganisationen schnell zerschlagen, ihre Mitglieder und Sympathisanten verfolgt, inhaftiert und ermordet.

In Gestalt der KPD bzw. der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) kommt die extreme Linke nach dem vom nationalsozialistischen Deutschland entfesselten Krieg in der Sowjetischen Besatzungszone/Deutsche Demokratische Republik (DDR) durch sowjetische Hilfe an die Macht. Sie errichtet eine Diktatur der Partei und verfolgt politisch Andersdenkende mit unerbittlicher Härte. Die Partei kann ihren Staat nur durch Zwang und Gewalt oder deren Androhung und die Anwesenheit der Roten Armee sichern. Das von ihr installierte Grenzregime kostet mindestens eintausend Menschen das Leben und fügt Tausenden zum Teil schwere Verletzungen zu. Zehntausende bei Fluchtversuchen gefasste Personen werden inhaftiert und zu Freiheitsstrafen verurteilt. Einen Teil von ihnen kauft die Bundesrepublik frei. Insgesamt werden von 1949 bis 1990 200 000 bis 250 000 Menschen aus politischen Gründen inhaftiert. Die friedliche Revolution beendet 1989/90 das von Kommunisten etablierte sozialistische Experiment in einem Teil Deutschlands.

In den Westzonen und der frühen Bundesrepublik spielt die extreme Linke insbesondere nach dem KPD-Verbot 1956 keine Rolle. Erst Mitte der 1960er Jahre wird die »Gewaltfrage« im Rahmen von Diskussionen und Strategien der Neuen Linken wieder virulent. Der Studentenführer Rudi Dutschke erörtert schon 1966 die Frage, wie (revolutionäre) Gewalt in den Metropolen die sogenannten Befreiungsbewegungen in den Ländern der Dritten Welt unterstützen kann. Linke Studenten, vor allem die im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) organisierten, radikalisieren sich schnell und stützen sich in ihren Diskussionen zum Thema Gewalt nicht nur auf Marx und Engels, sondern auch auf Sozialphilosophen wie Herbert Marcuse und Jean-Paul Sartre.

Der Protest gegen das System – den Kapitalismus und die parlamentarische Demokratie sowie US-amerikanische Einrichtungen – schlägt schnell in tatsächliche Gewalt um. Spätestens nach der »Schlacht am Tegeler Weg« in Berlin 1968, in der linksradikale Studenten und Rocker die

Polizei offensiv mit Steinwürfen angreifen, kreist die Debatte in einschlägigen Zirkeln um die Frage, wann welche Gewalt gegen Personen oder Sachen eingesetzt werden soll. Eine zentrale Rolle spielt der Protest gegen die USA wegen ihres militärischen Engagements in Indochina.

Bei den meisten linken Akteuren bleibt es trotz des von einem Polizisten erschossenen Benno Ohnesorg und des Attentats auf Rudi Dutschke bei Gewaltdiskussionen und Gewaltfantasien. Ein kleiner Teil aber nimmt die Ausführungen von Dutschke und anderen Studentenführern wörtlich, geht in den Untergrund und propagiert den bewaffneten Kampf gegen das imperialistische System. Der Linksterrorismus zieht über mehrere Jahrzehnte eine blutige Spur durch Deutschland.

Die militante Linke übt zwar Solidarität mit den linksterroristischen Gruppen, vor allem mit den inhaftierten Kämpfern, geht aber nicht, wie die Terroristen hoffen, ebenfalls in den Untergrund. Sie propagiert und praktiziert stattdessen die Straßenmilitanz. Gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Polizei anlässlich unterschiedlicher Ereignisse prägen die Zeit von Anfang der 1970er bis Ende der 1980er Jahre. Seit den Osterunruhen nach dem Attentat auf Rudi Dutschke 1968 führen Hausbesetzungen, vor allem in Frankfurt und Berlin, der Kampf gegen die Frankfurter Startbahn West und gegen die Atomkraft sowie insbesondere Demonstrationen am 1. Mai in West-Berlin und Hamburg zu heftigen gewalttätigen Ausschreitungen.

Der von den sozialdemokratischen Kanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt regierte Staat antwortet mit entschiedener Härte, geht gegen militante Straßenkämpfer vor, verhängt Berufsverbote und verfolgt Linksterroristen unnachgiebig. Höhepunkt dieser konsequenten Haltung des Staates gegenüber linksextremer und terroristischer Gewalt ist der Deutsche Herbst 1977.

Die in kleine Gruppen und Kaderparteien zerfallende Studentenbewegung verliert in den 1980er Jahren an personeller und militanter Stärke und marschiert mit Ausnahme der neugegründeten grünen Partei nahezu geschlossen in die Bedeutungslosigkeit. Der Linksterrorismus in Gestalt der Revolutionären Zellen und der dritten Generation der Rote Armee Fraktion (RAF) flammt in diesem Jahrzehnt noch einmal auf, bleibt je-

doch abgesehen von autonomen Kreisen innerhalb linker Milieus weitgehend isoliert.

Als dominierende Kraft innerhalb der linksextremen Szene kristallisieren sich in den 1980er Jahren die Autonomen heraus. Sie lehnen festgefügte Strukturen und Parteien ab und neigen stärker als andere linke Strömungen zu Gewalt. Sie propagieren eine Politik der ersten Person, d. h. sie wollen für sich Freiräume, sprich: rechtsfreie Räume schaffen, in denen sie ihre angestrebte alternative Welt möglichst kostenfrei aufbauen und systemische Abhängigkeiten abbauen können. In vielen großen Städten entstehen autonome Zentren, die zu Kristallisationspunkten in der linken Szene werden.

Der Fall der Berliner Mauer und der anschließende Zusammenbruch des realen Sozialismus sind für nahezu die gesamte linke Bewegung ein schwerer Schlag. Der orthodoxen und dogmatischen Linken fehlt der Ideenspender und Finanzier, der undogmatischen und autonomen Szene ein Unruheherd für das westliche System.

Nach der Wiedervereinigung konzentriert sich der mitunter auch gewalttätige linksextreme Protest gegen die deutsche Einheit, gegen rechte Kräfte, gegen Gentrifizierung und zunehmend gegen Globalisierung bzw. gegen die G8/G7-Gipfel. Gleichzeitig besetzen Linksextremisten in verschiedenen Städten wieder Häuser und reagieren auf angedrohte oder tatsächlich erfolgte Räumungen mit gewaltsamem Protest.

Im Zentrum ihrer Aktivitäten steht angesichts fremdenfeindlicher Ausschreitungen insbesondere in Ostdeutschland der »Kampf gegen rechts«, der die unterschiedlichen linken Strömungen punktuell eint. Die sich republikweit entwickelnden antifaschistischen Gruppen knüpfen – bewusst oder unbewusst – an die Kämpfe der KPD in der Weimarer Republik an. Hiervon zeugt auch das Logo der Antifa: Eine der beiden roten Fahnen der antifaschistischen Aktion von 1932 ist jetzt schwarz und symbolisiert den gemeinsamen Kampf der roten und der schwarzen Front, die von Kommunisten und Anarchisten gestellt und getragen wird.

Mit Gründung und Ausbreitung der AfD intensiviert die Linke ihren antifaschistischen Kampf. AfD-Funktionäre und Sympathisanten werden bevorzugte Feindbilder von Linken aller Schattierungen. Wer »rechts« ist,

bestimmen selbsternannte linke Gesinnungswächter. Sie erklären diesen Personenkreis gleichsam für vogelfrei und rechtfertigen damit gewalttätige Aktionen bis hin zu körperlichen Angriffen.

Ausmaß und Intensität linker Gewalt in der Bundesrepublik werden staatlicherseits nur unzureichend erfasst. Gleichwohl zeigen die Statistiken der Sicherheitsbehörden annäherungsweise, wie sich linke Gewalt ausbreitet und weiterhin auf hohem Niveau befindet. Die gewalttätigen Ausschreitungen in Hamburg im Juli 2017 sind nur die Spitze des Eisberges. Das öffentliche Erschrecken über die vielen Beobachtern sinnlos erscheinenden gewalttätigen Exzesse in Hamburg offenbart auch, dass die Gewaltspur, die linke Kräfte in der Bundesrepublik seit den 1960er Jahren gelegt haben, in Vergessenheit geraten ist.

Der asymmetrische Blick auf »Extremismus«

Erst die von linken Demonstranten veranstaltete Gewaltorgie in Hamburg anlässlich der Proteste gegen den G20-Gipfel hebt das Thema »linke Gewalt« erneut in die Medien. Vor Hamburg nahmen viele Medien in den letzten Jahrzehnten diese Gewalt zu wenig wahr oder ignorierten sie weitgehend. Das Augenmerk der nicht nur, aber vor allem linken bis linksliberalen Öffentlichkeit widmet(e) sich vorwiegend rechten und – allerdings nicht in gleichem Maße – islamistisch motivierten Gewalttaten. Zudem hält sich hartnäckig die Annahme, Linke würden nur Gewalt gegen Sachen, Rechte dagegen Gewalt gegen Personen ausüben. Die offiziellen Statistiken und genaueren Geschichtsbetrachtungen zeigen, dass diese Annahme falsch ist, bezogen auf die aktuelle, aber auch auf die historische Situation.

Einen ersten Hinweis für das weitgehende Verschweigen und Relativieren von linksextremen gegenüber rechtsextremen Einstellungen bieten die Ergebnisse der Treffer zu Links- und Rechtsextremismus in Suchmaschinen. Bei Google, der am häufigsten genutzten Suchmaschine, steigt die Zahl der Treffer für Rechtsextremismus von 774 000 Ende April 2014 auf 9 580 000 Ende November 2018.

Linksextremismus spielt 2014 eine weitgehend untergeordnete Rolle, Google zeigt nur 80 600 Treffer an – knapp ein Zehntel gegenüber den Treffern für Rechtsextremismus. In den nachfolgenden vier Jahren erhöht sich die Trefferzahl auf 653 000 (Ende November 2018), liegt aber weiterhin deutlich unter der für Rechtsextremismus (Verhältnis 1 : 15). Der Anstieg für Linksextremismus von 2015 bis Anfang 2018 dürfte den Gewaltausschreitungen von linken Demonstranten in Frankfurt am Main und Hamburg geschuldet sein.

Ein ähnliches Ergebnis zeigt sich bei der Recherche auf verschiedenen Medienseiten, die online zugänglich sind. Auf den Seiten der Fernsehsender von ARD bis NTV übertreffen Berichte und Filme über Rechtsextremismus die über Linksextremismus um ein Vielfaches. Bei der ARD z. B. stehen im Frühsommer 2018 53 Treffer für Linksextremismus 444 für Rechtsextremismus gegenüber; d. h. über Rechtsextremismus wird etwa achtmal häufiger berichtet. Bei den Rundfunksendern ergibt sich ein analoges Bild. Der überregional sendende Deutschlandfunk z. B. informiert mehr als zehnmal mehr über Rechtsextremismus als über Linksextremismus (811 gegenüber 75). Auch die Printmedien berichten etwa zehnmal häufiger über Rechtsextremismus, bei einigen Zeitungen wie der *Süddeutschen Zeitung* fällt das Missverhältnis sogar noch größer aus.

Eine Schulbuchanalyse führt zu dem gleichen Ergebnis: Rechtsextremismus (und Islamismus) finden wesentlich mehr Erwähnung als Linksextremismus. Die Politikwissenschaftlerin Eleni Christodoulou, die Lehrpläne und Schulbücher aller Bundesländer für den Geschichts- und Politikunterricht untersucht hat, stellt als Ergebnis fest: »Sowohl die Lehrpläne als auch die Schulbücher befassen sich weitgehend mit den Gefahren und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus. Der Linksextremismus wird deutlich seltener thematisiert.«[3]

Eine Recherche zu in öffentlichen Bibliotheken zugänglichen Beiträgen über Links- und Rechtsextremismus zeigt auf allen untersuchten Plattformen deutlich höhere Suchergebnisse für Rechtsextremismus als für Linksextremismus. Im Karlsruher Virtuellen Katalog, auf dem alle neun Verbundkataloge Deutschlands zugänglich sind, finden sich knapp 15 000 Suchergebnisse für Rechtsextremismus und knapp 640 für Linksextremis-

mus (gut 23-mal häufiger). Bibliotheken der Freien Universität Berlin liefern ein analoges Bild: gut 1000 Treffer für Rechtsextremismus und 36 für Linksextremismus (knapp 28-mal häufiger).

In der politischen Bildung und Weiterbildung spielen ebenfalls sowohl bei der Bundeszentrale als auch bei den Landeszentralen für politische Bildung Linksextremismus und linke Gewalt eine untergeordnete Rolle. Publikationen und Veranstaltungen werden selten angeboten. Unter den parteinahen Stiftungen setzen sich nur die Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) und die Hanns-Seidel-Stiftung (CSU) mit diesen Themen auseinander. Die anderen Stiftungen konzentrieren sich auf Rechtsextremismus, mitunter inzwischen ebenfalls auf Islamismus.

Eine Relativierung und Verharmlosung des gewaltorientierten Linksextremismus findet sich in den Medien auch in der Berichterstattung über linke und rechte Straf- und Gewalttaten. Werden die Straftaten insgesamt gegenübergestellt, wird zumeist nicht erwähnt, dass weit über 50 % der rechten Straftaten Propaganda- und Volksverhetzungsdelikte sind, u. a. Beschimpfungen und Herabwürdigungen von Minderheiten und Leugnen des Holocausts. Werden diese Delikte abgezogen, liegt die Zahl der linken Straftaten in den letzten Jahren über der der rechten. Um nicht missverstanden zu werden: Selbstverständlich sind Propagandadelikte und Volksverhetzung widerwärtig, aber bei einem Vergleich mit linken/linksextremen Straftaten sind sie fehl am Platz, da Linke keine vergleichbaren Delikte verüben können.

Kommunistische Massenmörder wie Stalin, Mao Tse-tung oder Pol Pot dürfen verherrlicht und Bilder von ihnen auf Demonstrationen gezeigt werden, Adolf Hitler und seine Gesinnungskonsorten jedoch nicht. Hinzu kommt, dass jedes Hakenkreuz und jeder Hitlerschnurrbart, die auf Wahlplakate und Häuserwände gekritzelt oder gemalt werden, als rechtsextreme Straftat eingeordnet werden, unabhängig davon, wer die meist nicht bekannten Täter sind. Gerade in Wahlkampfzeiten kann davon ausgegangen werden, dass linke Akteure in der Mehrzahl Wahlplakate insbesondere der AfD und der Unionsparteien mit den erwähnten Symbolen verunstalten.

Eine beliebte Methode der Relativierung linker Gewalttaten in Medien ist die Vermengung oder Verwechslung von Straf- und Gewalttaten. Ent-

weder werden Gewalttaten überhaupt nicht oder nur unzureichend erwähnt, sodass sie keinen direkten Vergleich zwischen linker und rechter Gewalt gestatten, oder linke Gewalttaten werden rechten Straftaten gegenübergestellt, um hieraus zu schlussfolgern, um wie viel gefährlicher rechte Gewalt ausfällt. Diese Vorgehensweise praktiziert auch eine Bundestagsabgeordnete der SPD anlässlich einer Debatte über »linke Gewalt«. Sie behauptet, linke Gewalt sei marginal gegenüber der rechten, was statistisch stimmt, wenn linksextreme Gewalttaten (2017: 1648) rechtsextremen Straftaten (2017: 19 467) gegenübergestellt werden.

Eine andere Form der Relativierung in der medialen Berichterstattung ist die Bezeichnung »unbekannte Täter«, auch wenn es sich nach aller Wahrscheinlichkeit um linke Gewalttäter handelt. Anhand der Örtlichkeit und der Art des Deliktes lässt sich in den meisten Fällen vermuten, wer die Täter sind. Kommen sie aus dem rechten Milieu, heißt es in Medienberichten insofern immer »mutmaßlich Rechtsextremisten« oder »vermutlich Rechtsextremisten«, oder es gibt einen Hinweis, dass Rechte ähnliche Taten schon begangen haben.

Die Berichterstattung in den meisten Medien über linke und rechte Ausschreitungen und Demonstrationen unterscheidet sich deutlich in Wortwahl und Bewertung. Wenn linksextreme Demonstranten ihre Widersacher attackieren, kommt es zu »Rangeleien« oder »Zusammenstößen«, wenn Rechte das Gleiche tun, veranstalten sie »Hetzjagden« oder »jagen ihnen unliebsame Personen«. Linke Demonstranten rufen oder skandieren Parolen, rechte brüllen oder grölen sie. Rechte Demonstranten marschieren, linke beteiligen sich an Demonstrationen. Selbst bei gleichen oder ähnlichen Vorfällen werden die von Rechten ausgehenden dramatischer geschildert als die von Linken. Werfen Rechtsextremisten »Polenböller« auf ein Gebäude, handelt es sich um einen Sprengstoffanschlag, werden »Polenböller« von Linksextremisten auf Gebäude oder Polizisten geschleudert, heißt es zumeist, »es flogen Steine und Pyrotechnik«.

Generell wird bei rechten Demonstrationen oder Gewaltausschreitungen die »rechte Gefahr« an die Wand gemalt, bei entsprechendem linkem Verhalten ist von bedauerlichen Zwischenfällen die Rede. In linken Kreisen spricht man inzwischen schon wieder von der »Faschisierung der

Gesellschaft« oder von »Faschist*innen«, die offenbar kurz vor der Machtübernahme stehen. Von einer drohenden kommunistisch/anarchistischen Machtübernahme ist nirgendwo die Rede. Beides ist, nebenbei gesagt, gleichermaßen Blödsinn.

Politische Debatten über Linksextremismus auf Länder- und Bundesebene fallen ebenfalls asymmetrisch aus. Während vor dem Rechtsextremismus nahezu parteiübergreifend permanent gewarnt wird, wird zumindest von rot-grünen Politikern der Linksextremismus ob seiner »guten Ziele« und mit dem Verweis auf den Rechtsextremismus relativiert. In Berlin z. B. verständigen sich die Parteien jenseits der AfD auf einen Konsens gegen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Antisemitismus und Rassismus. Einer Initiative von CDU und FDP, den gewaltsamen Linksextremismus ebenfalls zu verurteilen, verweigern sich SPD, Linkspartei und Grüne mit dem Hinweis, man dürfe linke und rechte Gewalt nicht im gleichen Atemzug nennen. Der Kampf gegen rechts und rechte Gewalt müsse offensiv geführt werden, heißt es in der Koalitionsvereinbarung der rot-rot-grünen Regierungskoalition; linke Gewalt oder Linksextremismus finden keine Erwähnung.

Das in die Öffentlichkeit vermittelte Ungleichgewicht zwischen linken und rechten Straf- und Gewalttaten entsteht auch dadurch, dass Abgeordnete der Linkspartei regelmäßig Anfragen im Bundestag zu rechten Straf- und Gewalttaten stellen, die Eingang in die mediale Berichterstattung finden. Weder Linkspartei noch andere Parteien haben bisher analoge Anfragen zu linken Straf- und Gewalttaten gestellt.

Das Ziel dieser auf unterschiedliche Weise praktizierten Relativierung und Verharmlosung linker Gewalt liegt auf der Hand: Rechte Gewalt ist per se gefährlicher als linke Gewalt oder soll zumindest öffentlich so erscheinen. Linke Gewalt wird zwar zumeist nicht ganz verschwiegen, aber in vielen Artikeln und politischen Debatten doch gegenüber rechter Gewalt als zweitrangig oder marginal angesehen.

Uns geht es in diesem Buch – das sei hier noch einmal unmissverständlich klargestellt – nicht um die Bewertung oder Abwägung, ob linke oder rechte Gewalt gefährlicher ist, sondern um die Nachzeichnung linker Gewalt. Dies rechtfertigt oder relativiert in keiner Weise rechte Gewalt.

Jegliche politisch motivierte Gewalt in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft mit Rechtsstaat ist der politischen Kultur abträglich und verabscheuenswürdig.

Aufbau des Buches

Während rechte Gewalttaten öffentlich breit thematisiert werden, ignorier(t)en viele Medien linke Gewalt. Das mag daran liegen, dass die vermeintlich guten Ziele die gewalttätige Realität überdecken.

Linksextremisten propagieren öffentlich ihre Gewaltbereitschaft und bekennen sich in Form von Kommandoerklärungen zu ausgeführten Gewalttaten. Die Erklärungen sind zumeist in hasserfülltem Ton geschrieben und sollen ihren unbeugsamen Willen zum Kampf gegen das System dokumentieren. Nach dem Verbot der Internetplattform linksunten.indymedia.org verbreiten sie linksextreme Verlautbarungen auf anderen Internetplattformen.

Eine Diskussion über Sinn und Unsinn gewaltsamer Aktionen findet öffentlich kaum statt. Die Debatten innerhalb des linksextremen Milieus kreisen allenfalls um die Frage, wann und in welcher Intensität Gewalt notwendig ist. Politisch motivierte Gewalt an sich wird nicht in Frage gestellt. Der kapitalistische Staat gründe auf Gewalt, seine Polizei und seine Justiz dienten der Unterdrückung der Bevölkerung und der linken Szene. Ohne (revolutionäre) Gewalt sei eine grundlegende Veränderung des Systems in Richtung auf eine »neue Gesellschaft« mit »neuen Menschen« nicht möglich. Die zentralen Grundpfeiler der »alten« Gesellschaft – parlamentarische Demokratie, Pluralismus, Gewaltenteilung, Rechtsstaat und individuelle Verantwortung – halten sie für Augenwischerei und lehnen sie als Stabilisatoren einer nur formalen Demokratie ab. Ihr Ziel ist die Zerschlagung des bürgerlichen Staates und die Zerstörung der bürgerlichen Gesellschaft.

Nach der Beantwortung der Frage, was linke Gewalt ausmacht, widmet sich das Buch linksextremen historischen Vorbildern und Vorläufern in der Französischen und der Russischen Revolution, in der Weimarer Republik

und der DDR. Die Betrachtung verdeutlicht die Funktion linker Gewalt in der Bewegungsphase und ihren Umschlag in diktatorische Gewalt in der Regimephase. Das Schreckensregime der französischen Jakobiner ist Vorbild für die Bolschewiki in Russland, die nicht erst mit Stalin, sondern schon unter Lenin eine auf Massenmord gegründete sozialistische Diktatur etablieren, die sie nach Ende des Zweiten Weltkrieges auch auf (Ost-)Deutschland übertragen. Hier fällt die politische Gewalt zwar moderater aus, wird jedoch gegen Andersdenkende über die gesamte Dauer dieses deutschen Teilstaates praktiziert. Kommunistische Kämpfer der Weimarer Republik sind die Gründerväter der sozialistischen Diktatur in Deutschland.

Zwei weitere Kapitel analysieren die Diskussionen um politische Gewalt in der frühen Studentenbewegung und in den aus ihrer Mitte entstehenden terroristischen Gruppen. Linke Gewaltprediger führen Diskurse über (revolutionäre) Gewalt, die zu allem entschlossene linke Kämpfer mit Gewalt und Terror umsetzen. Die Fahrlässigkeit, mit der im linken Milieu seinerzeit über Gewalt diskutiert wird, ohne die Folgen zu bedenken, sollte gemäßigten und radikalen Linken Anlass zum Nachdenken bieten.

Es folgen zwei Kapitel über typische gewalttätige Ausschreitungen linker Akteure seit Ende der 1960er Jahre und über die begrenzte Aussagekraft der staatlich erfassten linken Gewalt. In Umrissen werden gleichwohl Ausmaß und Intensität linker Gewalt in den letzten 60 Jahren im geteilten und wiedervereinigten Deutschland deutlich.

Das Kapitel über aktuelle Debatten um Gewalt in der linken Szene macht Kontinuitäten und vereinzelte Brüche in der Gewaltdiskussion der letzten Jahrzehnte sichtbar. Während die Rechtfertigung für Gewalt im Grundsatz bleibt, ändert sich die für konkrete Aktionen teilweise mit sich wandelnden Themen und Feindbildern. Antidemokratisches Denken und grundsätzliche Gewaltbereitschaft sind jedoch für die linksextreme Szene prägend geblieben.

Das Fazit skizziert kurz die historischen und logischen Argumentationsstränge und erörtert, warum linkes Denken und Handeln einschließlich der Gewaltbereitschaft für junge Leute weiterhin attraktiv sind. Am Schluss stehen Vorschläge zum Umgang der Gesellschaft mit politisch motivierter linker Gewalt.

Was ist linke Gewalt?

Die Gewaltaffinität einer Gesellschaft resultiert nicht allein aus einer Zunahme radikaler oder extremistischer Ideologien und Einstellungen, sondern kann durchaus auch Ergebnis einer Erosion demokratischer und ziviler Tugenden sein, begleitet von einem Anwachsen (unpolitischer) anti- und nichtziviler Einstellungen in bestimmten Bevölkerungsgruppen. Extremistische Einstellungen führen nicht unmittelbar zu entsprechend motivierten Straf- und Gewalttaten. Das extremistische Einstellungspotenzial dürfte ebenso wie das generelle anti- bzw. nichtzivile wesentlich höher sein als entsprechende gewalttätige Verhaltensweisen.[1] Das bedeutet, Menschen haben oder äußern öfter extremistische Ansichten, die sie aber nicht wirklich mit Gewalt durchzusetzen versuchen.

Gesellschaft und Gewalt

Bei vielen gewalttätigen Linksextremisten (und Rechtsextremisten) stellt sich allerdings die Frage, ob bei ihnen schon im Kindes- und frühen Jugendalter eine hohe Gewaltbereitschaft und Aggressivität vorhanden ist. Die Lust an der Gewalt bestimmt das Verhalten dieser Personen, die erst später ihr Gewalthandeln politisch-ideologisch begründen. Während es bei vielen gewaltorientierten Linken bei Gewaltfantasien bleibt, führt sie bei entsprechend disponierten Jugendlichen zum Gewalthandeln. Ihre Gewalt, vormals sozial geächtete Gewalt, wird nun zu »guter Gewalt«, die hehren Zielen dient.

Rechte Gewalt wird von den Akteuren selten explizit politisch begründet. Sie entspringt oftmals einem rassistisch motivierten Hass auf andere, vornehmlich als Fremde empfundene Menschen. Die Skrupellosigkeit, die rechte Schläger schon immer auszeichnet, findet sich in jüngster Zeit auch bei nicht wenigen gewalttätigen Linksextremisten. Sie haben keine Hemmungen, wehrlose Personen körperlich zu attackieren, und treten und prügeln auch noch weiter, wenn diese am Boden liegen.